

11. Sprachgebrauch in den öffentlich-rechtlichen Körperschaften

Einzelinitiative Urs Wäfler vom 2. September 2023

KR-Nr. 307/2023

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Eintreten auf Einzelinitiativen ist obligatorisch. Gemäss Paragraf 139 des Gesetzes über die politischen Rechte ist festzustellen, ob die vorliegende Einzelinitiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern unterstützt wird.

Susanne Brunner (SVP, Zürich): Sprache ist einem stetigen Wandel unterworfen, wir sprechen und schreiben heute nicht mehr so wie vor 200 Jahren. Natürlicher Sprachwandel lässt sich nicht aufhalten. Natürlicher Sprachwandel darf nicht staatlich reguliert werden. Darum wird die SVP diese Einzelinitiative nicht unterstützen, denn sie ist zu umfassend formuliert. Der Initiant stört sich an englischen Wörtern, am Duzen durch Behörden und an der Gendersprache. Einflüsse der englischen Sprache in der deutschen Sprache sind jedoch als natürlicher Sprachwandel zu bezeichnen. In der deutschen Sprache finden sich ebenso Einflüsse der französischen Sprache: Die Adresse, das Büro oder das Rendez-vous sind französischen Ursprungs.

Der Initiant liegt jedoch in zwei Punkten richtig, erstens: Das Duzen durch Behörden und durch staatliche Institutionen, das ist eine Unsitte und muss aufhören. Denn es besteht kein kollegiales Verhältnis zwischen dem Bürger und dem Staat, Duzen hat hier nichts verloren. Auch auf Kommunikationskanälen wie Social Media ist das staatliche Duzen unangebracht. Auch auf Instagram wird der Staat nicht zum Kumpel des Bürgers. Dies sei speziell an die Stadt Zürich gerichtet, welche auf Instagram die Bürger ausgiebig duzt.

Und zweitens liegt der Initiant richtig bei der Gendersprache. Wenn Behörden und staatliche Stellen Gendersprache anwenden oder von Schülern oder Studenten einfordern, dann geht das zu weit. Denn beim staatlichen Gendern mit Stern, Doppelpunkt oder Unterstrich handelt es sich nicht um natürlichen Sprachwandel, sondern um ein Sprachdiktat. Das ist ein zentraler Punkt. Denn wo der Staat in die Sprache eingreift, herrscht keine Freiheit mehr, keine Freiheit des Sprechens, des Schreibens und des Denkens. Bei der Gendersprache bei staatlichen Institutionen herrscht darum Handlungsbedarf. Mittels Vorstössen wird die SVP-Fraktion dieses Thema aufnehmen. Besten Dank.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der Einzelinitiative KR-Nr. 307/2023 stimmt kein Ratsmitglied. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen nicht erreicht worden. Die Initiative ist abgelehnt.

Das Geschäft ist erledigt.

